

**DEPARTEMENT  
VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES**  
Generalsekretariat

**FRAGEBOGEN**

**Anhörung zur Teilrevision des Gesetzes über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit  
(Polizeigesetz, PolG)**

---

**vom 21. Juni 2019 bis 30. September 2019**

Name/Organisation	Grüne Aargau
Kontaktperson	Maurus Kaufmann
Kontraktadresse	Buchenweg 1
PLZ Ort	5703 Seon
Telefon	062 530 19 50
E-Mail	maurus.kaufmann@grossrat.ag.ch

**Einzureichen an (vorzugsweise elektronisch)**

Departement Volkswirtschaft und Inneres  
Generalsekretariat  
Frey-Herosé-Strasse 12  
5001 Aarau

E-Mail: [dvi@ag.ch](mailto:dvi@ag.ch)

**Auskunftsperson während des Anhörungsverfahrens**

Hans Peter Fricker, Generalsekretär, Departement Volkswirtschaft und Inneres (Tel. 062 835 15 33,  
[hans-peter.fricker@ag.ch](mailto:hans-peter.fricker@ag.ch))

---

## Fragen zur Anhörung

---

### 1. Regelung des Bedrohungsmanagements

Thema	Revision PolG	Wo im Anhörungsbericht?
Verbesserung der polizeilichen Handlungsinstrumente im Bereich des Bedrohungsmanagements	§ 3 Abs. 1 lit. m PolG §§ 46a – 46e PolG	Kap. 4.1 und 4.30
Sind Sie mit diesen Regelungen einverstanden? <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> eher ja <input type="checkbox"/> eher nein <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> keine Angabe	Begründung und/oder Bemerkungen: Bezüglich Meldeauflagen bestehen einige Bedenken: - Genereller Art: Wiederholte Beschneidung der Freiheit ohne richterlichen Beschluss und bisher ohne Begehung einer Straftat ist fragwürdig. - Rechtsschutz: Wie kann dagegen Beschwerde geführt werden? - Anwendbarer Personenkreis: Der Personenkreis, dem Meldeauflagen auferlegt werden können, muss zwingend eingeschränkt werden (z.B. Vorstrafe bezüglich befürchteter schwerer Straftat, wobei es dann wohl eher Aufgabe des Gerichtes wäre, künftige Meldeauflagen zu erlassen). - Für die „bestimmten Zeiten“ und „bestimmte Dauer“ sind Rahmenbedingungen zu setzen.	

### 2. Regelung der polizeilichen Vorermittlung und Regelung der präventiven verdeckten Ermittlungstätigkeit

Thema	Revision PolG	Wo im Anhörungsbericht?
Definition der polizeilichen Vorermittlung und Ausgestaltung der präventiven verdeckten Ermittlungstätigkeit	§ 28a PolG §§ 35a – 35d PolG	Kap. 4.12 und 4.19 – 4.22
Sind Sie mit diesen Regelungen einverstanden? <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> eher ja <input type="checkbox"/> eher nein <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> keine Angabe	Begründung und/oder Bemerkungen: Die bewilligungsfreien Phasen von 30 Tagen sind zu lange. Wenn für Ermittlungen in gewissen Bereichen (z.B. der strukturierten Kriminalität) die 30-Tage-Regelung eingeführt werden soll, sind diese Bereiche im Gesetz als explizite Sonderfälle mit Spezialregelung aufzuführen.  Die Nichtverwendung der Erkenntnisse aus einer verdeckten Ermittlung sollte keinen Grund darstellen, die Information der betroffenen Person zu unterlassen.  Die vorübergehende Einstellung von Personen ohne polizeiliche Ausbildung zur verdeckten Fahndung und Ermittlung erachten die Grünen als heikel. Ein solches Vorgehen müsste auch vonseiten (Ober-)Aufsicht ein besonderes Augenmerk erhalten.	

### 3. Polizeigewahrsam

Thema	Revision PolG	Wo im Anhörungsbericht?
Neuumschreibung der Tatbestände, bei welchen Polizeigewahrsam möglich ist; Möglichkeit der Verlängerung des Polizeigewahrsams in Ausnahmefällen	§§ 31 – 31a PolG	Kap. 4.13 und 4.14
<p>Sind Sie mit diesen Regelungen einverstanden?</p> <p><input type="checkbox"/> ja</p> <p><input type="checkbox"/> eher ja</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> <b>eher nein</b></p> <p><input type="checkbox"/> nein</p> <p><input type="checkbox"/> keine Angabe</p>	<p>Begründung und/oder Bemerkungen:</p> <p>Zu § 31 Abs. 1 lit. c: Polizeigewahrsam bis 24 Stunden infolge einer „ernsthaften Befürchtung“, dass eine Person eine erhebliche Straftat begehen wird, ist unverhältnismässig und entsprechend zu streichen.</p> <p>Zu § 31 Abs. 1 lit. e: Aufgrund welcher Kriterien Polizeigewahrsam bei Vor- und Zuführungen als erforderlich zu betrachten ist, ist genauer zu umreissen (allenfalls auch auf Verordnungsstufe).</p> <p>Zu § 31a Abs. 4: In Anbetracht der aufgeführten Verlängerungsgründe erscheint eine maximale Verlängerung auf 7 Tage (wie im Kt. BE) als ausreichend.</p>	

### 4. Wegweisung und Fernhaltung

Thema	Revision PolG	Wo im Anhörungsbericht?
Festlegung einer zulässigen Maximaldauer der Wegweisung und Fernhaltung; Möglichkeit, statt einer Wegweisung oder Fernhaltung ein bestimmtes Verhalten zu verbieten	§ 34 PolG	Kap. 4.17
<p>Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?</p> <p><input type="checkbox"/> ja</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> <b>eher ja</b></p> <p><input type="checkbox"/> eher nein</p> <p><input type="checkbox"/> nein</p> <p><input type="checkbox"/> keine Angabe</p>	<p>Begründung und/oder Bemerkungen:</p> <p>Die Konkretisierung der Bestimmungen bezüglich zulässiger Dauer und Gebiet wird begrüsst.</p> <p>§ 34 Abs. 1 lit. e wird aber abgelehnt, da hierfür eine Wegweisung als zu drastische Massnahme und das Erteilen von Bussen hingegen (allenfalls auch mehrfach) als angemessener erachtet wird.</p>	

## 5. Kontakt- und Annäherungsverbot

Thema	Revision PoIG	Wo im Anhörungsbericht?
Möglichkeit, ein Kontakt- oder Annäherungsverbot auszusprechen, wenn eine Person einer anderen wiederholt nachstellt, sie belästigt oder bedroht	§ 34b PoIG	Kap. 4.18
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> eher ja <input type="checkbox"/> eher nein <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> keine Angabe	Begründung und/oder Bemerkungen:	

## 6. Optisch-elektronische Überwachung

Thema	Revision PoIG	Wo im Anhörungsbericht?
Möglichkeit der optisch-elektronischen Überwachung öffentlich zugänglicher Orte, an denen häufig Straftaten begangen worden sind oder an denen häufig mit Straftaten zu rechnen ist, durch die Kantonspolizei	§ 36a PoIG	Kap. 4.23
Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> eher ja <input type="checkbox"/> eher nein <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> keine Angabe	Begründung und/oder Bemerkungen:	

## 7. Vermummungsverbot

Thema	Revision PoIG	Wo im Anhörungsbericht?
Erweiterung des Vermummungsverbots auf bewilligungspflichtige Versammlungen und Demonstrationen sowie sonstige Menschenansammlungen auf öffentlichem Grund	§ 47 PoIG	Kap. 4.31
<p>Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?</p> <p><input type="checkbox"/> ja</p> <p><input type="checkbox"/> eher ja</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> eher nein</p> <p><input type="checkbox"/> nein</p> <p><input type="checkbox"/> keine Angabe</p>	<p>Begründung und/oder Bemerkungen:</p> <p>Die Grünen begrüßen zwar den konkretisierenden, neuen Nebensatz „um sich dadurch der Strafverfolgung zu entziehen“, lehnen aber den gesamten Paragraphen prinzipiell ab, da das Vermummen an sich nicht das Problem darstellt, sondern die Straftat, deren Verfolgung sich die entsprechende Person entziehen will.</p>	

## 8. Zuwiderhandlungen gegen polizeiliche Massnahmen und polizeilichen Zwang

Thema	Revision PoIG	Wo im Anhörungsbericht?
Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen polizeiliche Massnahmen und polizeilichen Zwang mit einer Busse von bis zu Fr. 5'000.–	§ 47a PoIG	Kap. 4.32
<p>Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?</p> <p><input type="checkbox"/> ja</p> <p><input type="checkbox"/> eher ja</p> <p><input type="checkbox"/> eher nein</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> nein</p> <p><input type="checkbox"/> keine Angabe</p>	<p>Begründung und/oder Bemerkungen:</p> <p>Der Paragraph ist viel zu offen und unspezifisch, was unter anderem eine inflationäre oder willkürliche Anwendung nach sich ziehen könnte.</p>	

## 9. Neukonzeption des Rechtsschutzes

Thema	Revision PolG	Wo im Anhörungsbericht?
Einführung eines direkten Beschwerdewegs an eine richterliche Behörde bei Wegweisungen und Fernhaltungen, bei Kontakt- und Annäherungsverboten sowie bei Polizeigewahrsam; Festlegung der Beschwerdeinstanz für Fahndungsmassnahmen sowie durchgeführte präventive Observationen, präventive verdeckte Fahndungen und Ermittlungen	§§ 48a – 48b PolG	Kap. 4.33
<p>Sind Sie mit diesen Regelungen einverstanden?</p> <p><input type="checkbox"/> ja</p> <p><input type="checkbox"/> eher ja</p> <p><input type="checkbox"/> eher nein</p> <p><input type="checkbox"/> nein</p> <p><input type="checkbox"/> keine Angabe</p>	Begründung und/oder Bemerkungen:	

## 10. Ermöglichung des Datenaustauschs mit anderen Kantonen und Bundesbehörden

Thema	Revision PolG	Wo im Anhörungsbericht?
Ermöglichung des Betriebs von Datenbearbeitungs- und Informationssystemen mit gemeinsamer Datenhaltung und des automatischen Austauschs polizeilicher Daten mit anderen Kantonen sowie Bundesbehörden zwecks Verhinderung und Erkennung von Serielikten	§ 51a PolG	Kap. 4.35
<p>Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?</p> <p><input type="checkbox"/> ja</p> <p><input type="checkbox"/> eher ja</p> <p><input type="checkbox"/> eher nein</p> <p><input type="checkbox"/> nein</p> <p><input type="checkbox"/> keine Angabe</p>	Begründung und/oder Bemerkungen:	

## 11. Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen

Thema	Revision PoIG	Wo im Anhörungsbericht?
Ermöglichung der finanziellen Unterstützung von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen für bauliche oder technische Massnahmen zur Gewährleistung deren Sicherheit vor Terrorismus und gewalttätigem Extremismus	§ 61a PoIG	Kap. 4.38
<p>Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> ja</p> <p><input type="checkbox"/> eher ja</p> <p><input type="checkbox"/> eher nein</p> <p><input type="checkbox"/> nein</p> <p><input type="checkbox"/> keine Angabe</p>	Begründung und/oder Bemerkungen:	

## 12. Neukonzeption des Ordnungsbussenverfahrens

Thema	Revision PoIG	Wo im Anhörungsbericht?
Neukonzeption des Ordnungsbussenverfahrens aufgrund der Anpassung der Ordnungsbussengesetzgebung des Bundes	§§ 38a – 38d EG StPO	Kap. 5.3.4
<p>Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden?</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> ja</p> <p><input type="checkbox"/> eher ja</p> <p><input type="checkbox"/> eher nein</p> <p><input type="checkbox"/> nein</p> <p><input type="checkbox"/> keine Angabe</p>	<p>Begründung und/oder Bemerkungen:</p> <p>Die Grünen begrüßen es, dass die Ordnungsbussenkompetenz privaten Akteuren nicht übertragen werden soll.</p>	

### 13. Weitere Bemerkungen?

Möchten Sie allgemeine oder ergänzende Bemerkungen oder Hinweise anbringen? (Für Ausführungen zu den einzelnen Bestimmungen verwenden Sie bitte die Bemerkungsspalte der Synopse zur Änderung des PolG. Die Synopse mit den Bemerkungen ist vorzugsweise per E-Mail an [dvi@ag.ch](mailto:dvi@ag.ch) oder per Post an die obige Adresse einzureichen.)

Die Grünen lehnen die Aufweichung des staatlichen Gewaltmonopols durch den Einsatz privater Sicherheitskräfte bei Transport, Bewachung und Betreuung ab und sind entsprechend gegen die Aufnahme dieser Praxis ins Gesetz.

.....

.....

.....

.....

.....